



Schweriner Erklärung

Demokratie stärken - mehr politische Bildung in Berufsbildung und Weiterbildung!

Die gegenwärtige Corona-Krise und ihre Folgen sowie andauernde gesellschaftliche Umbrüche stellen uns vor Herausforderungen in nie geahnten Dimensionen. Verschwörungsphantasien und Fake News häufen sich, und unsere Gesellschaft spaltet sich immer mehr. Doch nicht nur die Corona-Pandemie führt uns vor Augen, dass unser demokratisches Zusammenleben brüchig geworden ist. Als weitere besorgniserregende Entwicklungen sehen wir:

- Die Vertiefung der Spaltung zwischen Arm und Reich,
- zunehmender Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Sexismus und Demokratiefeindlichkeit,
- fehlende Solidarität, Abschottung einzelner Staaten (z.B. von der EU oder der Genfer Flüchtlingskonvention),
- Veränderungen in der Medienlandschaft und Verlust kritischer Medienkompetenz, Beeinträchtigung der Pressefreiheit.

Diese Herausforderungen lassen sich nicht alleine mit fachspezifischer Bildung in Berufsbildung und Weiterbildung bewältigen. Werte wie Frieden, Freiheit, Menschenrechte, Teilhabe, Mitbestimmung, soziale Gerechtigkeit und Diversität werden zunehmend infrage gestellt, sie müssen aber mithilfe politischer Bildung mehr denn je vermittelt werden. Politische Bildung muss antidemokratischen Tendenzen entgegentreten und sie muss den öffentlichen Austausch darüber sichern. Auch muss sie aufklären und zur Reflexion befähigen.

Politische Bildung muss selbstverständlicher Bestandteil jeglicher Bildungsprozesse werden, in denen junge Menschen die Kompetenzen erlangen, die nötig sind, um politische, technische und soziale Entscheidungen in ihren Folgen und Verschränkungen

einschätzen zu können. Demokratische und menschenrechtliche Grundwerte müssen nicht nur verankert, sondern auch eingeübt werden. Politische Bildung steht in der Verantwortung, die Lernenden bei der Entwicklung einer reflektierten Werthaltung zu fördern – auch durch vielfältige und in pädagogische Konzepte eingebettete Möglichkeiten, Erinnerungsstätten wie Auschwitz zu besuchen.

Die Chancen weltbürgerlicher Erziehung, wie es das UNESCO-Konzept des „Global Citizenship Education“ vorsieht, werden bisher in berufsbildenden Schulen wie auch in der Erwachsenen- und Weiterbildung kaum genutzt: Die Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten, um globale Herausforderungen zu verstehen und sie aktiv mitzugestalten, soll Lernende in die Lage versetzen, ein Zugehörigkeitsgefühl zur Weltgemeinschaft zu entwickeln, sich zu engagieren und eine aktive Rolle in der Gesellschaft zu übernehmen, um einen Beitrag zu leisten zu einer friedlichen und gerechten Welt, in der ökologische Ressourcen bewahrt werden. Um Zusammenhänge zu verstehen und die demokratische Willensbildung auszubilden, ist es an der Zeit, politische Bildung im Alltag des Bildungswesens – und das in allen Bildungseinrichtungen - fest zu verankern.

Vor diesem Hintergrund hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bereits auf dem Freiburger Gewerkschaftstag 2017 beschlossen, dass politische Bildung in allen Bundesländern einen fächerübergreifenden Schwerpunkt in den Lehrplänen für alle Schularten darstellen muss und im Jahr 2018 die „Hofgeismarer Erklärung zur politischen Bildung“ mitgetragen.

Politische Bildung muss als Teil der öffentlichen Bildung, als eigenständiger, elementarer Bestandteil lebensbegleitenden Lernens anerkannt werden und zugleich in alle Bereiche der beruflichen Bildung und der Erwachsenen- und Weiterbildung einfließen. Politische Bildung muss Kritik- und Diskursfähigkeit, d. h. „Zukunftskunst“ (Wuppertal Institut) festigen, um alle der 17 Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) umzusetzen.

Politische Bildung in der beruflichen Erstausbildung

Der im Grundgesetz verankerte Erziehungs- und Bildungsauftrag ist nicht nur für die Berufsschule als Ort der Fachklassen des Dualen Systems, sondern generell für alle berufsbildenden Schulen eng mit der Notwendigkeit verbunden, berufsfeldübergreifende sowie allgemeinbildende Kompetenzen und Inhalte zu vermitteln und die Persönlichkeit der Lernenden zu fördern. Mit Blick auf diesen Bildungs- und Erziehungsauftrag sind insbesondere von der Arbeitgeber- und Wirtschaftsseite geäußerte Begehren der ausschließlichen Orientierung der Bildungsinhalte an der Maßgabe der beruflichen Qualifikation bzw. der wirtschaftlichen Bedarfslagen mit Entschiedenheit zurückzuweisen.

Die Politische Bildung wird derzeit oftmals in den Stundentafeln gekürzt, sodass der Unterricht lediglich mit einem Volumen von einer Unterrichtsstunde pro Woche – und dies teilweise nur in einem Halbjahr innerhalb eines mehrjährigen Bildungsganges –, häufig sogar fachfremd, erteilt wird. Vielmehr sollte Politische Bildung nicht nur als eigenständiges Fach mehr Wertschätzung erfahren, sie sollte auch vermehrt Querschnittsaufgabe aller anderen Unterrichtsfächer sein.

Dazu gehört, dass politische Bildung im Unterricht der berufsbildenden Schulen regelhaft mit schulischen Projekten der Mitwirkung und Mitgestaltung verbunden wird, in denen Schüler*innen auch die Wirksamkeit politischen Handelns erfahren können.

Um dem demokratisch legitimierten ganzheitlichen Bildungsauftrag der berufsbildenden Schulen gerecht zu werden, ist es mehr denn je erforderlich

- Politische Bildung systematisch und gleichwertig mit einem entsprechenden Stundendeputat curricular in den beruflichen Lernfeldern, Lernsituationen und auch in den Kammerprüfungen zu verankern,
- innerhalb des Systems der beruflichen Bildung die beruflichen Schulen mit den Kammern und Betrieben wirklich gleich zu berechtigen (Berufsschulen als gleichwertiger Partner, nicht als Dienstleister der Kammern und Betriebe),
- die universitäre Lehrkräftebildung für Politische Bildung an berufsbildenden Schulen auszubauen, um den hohen Anteil fachfremd unterrichtender Lehrkräfte deutlich zu reduzieren,
- Maßnahmen zur Gewinnung des Lehrkräftenachwuchses in der Politischen Bildung analog zum technisch-naturwissenschaftlichen Bereich zu initiieren und berufliche Schulen aufzufordern, einschlägig qualifizierte Lehrkräfte für Politische Bildung einzustellen,
- verbindliche Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte in der Politischen Bildung dringend auszuweiten,
- Forschungsförderprogramme zur Politischen Bildung und politischen Sozialisation im berufsbildenden Bereich zu etablieren.

Politische Bildung in der Erwachsenen- und Weiterbildung

Die Diskussion um die Weiterbildung wird aktuell von der Bewältigung der Digitalisierung beherrscht. Qualifizierungen und Umschulungen sollen digitale Kompetenzen schaffen und Arbeitnehmer*innen für die Umbrüche des Arbeitsmarktes (Stichwort „Arbeit 4.0“) anpassungsfähig machen. Dabei gerät aus dem Blick, dass das positive Potenzial der Digitalisierung sich nur dann entfalten kann, wenn sie nicht den Konzernen und ihren Algorithmen überlassen wird, sondern der Mensch am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft demokratisch mitentscheiden kann.

Mehrere Jahrzehnte Weiterbildungspolitik im Zeichen der Ökonomisierung haben auch die Politische Bildung in das Korsett betriebswirtschaftlicher Strukturen und Messverfahren gepresst, den Stellenwert politischer Bildung in der Erwachsenen- und Weiterbildung verringert und statt Professionalisierung die Ressourcen geschmälert und Arbeitsbedingungen verschlechtert. Eine öffentliche Förderung der politischen Bildung wird an – oftmals fragwürdige - Evaluierungs- und Qualitätssicherungsverfahren geknüpft, die Inhalte politischer Weiterbildung sind weniger wichtig. Diese öffentliche Förderung muss sich aber vorrangig an gesellschaftspolitischen Inhalten und Zielen orientieren.

Sowohl in der beruflichen Erstausbildung als auch in der Erwachsenen- und Weiterbildung sind „Orientierungskompetenz“ und das Wissen um Zusammenhänge (Oskar Negt) von zukunftsentscheidender Bedeutung. Mündigkeit und Solidarität, Selbstbestimmung, Diversitätsbewusstsein und die Wahrung des Rechts der Andersdenkenden sind zentrale Anliegen politischer Bildung. Die berufliche Bildung muss daher den engen Raum der funktionalen Ertüchtigung verlassen und in einer neuen Integration von beruflicher und politischer Bildung die Menschen befähigen, die Hintergründe und Zusammenhänge zu verstehen und sie zu einer an Humanität und Gerechtigkeit orientierten Gestaltung von Arbeitswelt und Gesellschaft ermutigen. Dazu bekräftigen wir die drei zentralen Bestandteile des Beutelsbacher Konsens, das Überwältigungsverbot, die Kontroversität und die Schüler*innen-, also Subjektorientierung.

Für die propagierte „neue Weiterbildungskultur“ über die Nationale Weiterbildungsstrategie (NWS) hinaus braucht es mehr politische Bildung und zur Bewältigung der Herausforderungen für die Zukunft mehr denn je

- qualifiziertes Personal, ständige Fortbildung und Kooperation,
- tariflich abgesicherte Arbeitsverhältnisse,
- verlässliche Förderung,
- räumliche und technische Ausstattung auf aktuellem Stand,
- Unterstützung bei der Entwicklung von Netzwerken, vor allem in Politik, Beruf und Bildung.

Gewerkschaften sind hierbei wichtige Bündnispartner, weil sie Wissen um Zusammenhänge vermitteln und die nötigen Strukturen zum Ausbau politischer Bildung unterstützen können.

Diese Erklärung wurde im Juni 2020 im Rahmen der Tagung „Wichtiger denn je: Politische Bildung und Professionalisierung“ veröffentlicht.